



Präsident Luiz Inácio Lula da Silva übergibt seinem Amtskollegen Nicanor Duarte Frutos von Paraguay die Präsidentschaft des Mercosur

Mercosur verliert den Blick aufs Wesentliche

Das Treffen der Mitgliedstaaten des südamerikanischen Handelsblocks Mercosur hat Venezuelas linkspopulistischer Präsident Hugo Chávez geschickt als Bühne für seine geopolitischen Ambitionen genutzt. Die anderen Staatschefs des Mercosur vermochten dem wenig entgegenzusetzen.

TEXT: DR. HANNA CHRISTIANE HENKEL*

Peru, Bolivien und Chile). Erwartungsgemäss machte Venezuelas Präsident das Gipfeltreffen zu seiner Bühne. Er forderte die „Entseuchung“ des Mercosur vom „Neoliberalismus“ und eine stärkere politische Ausrichtung des Mercosur. Chávez plädierte für eine zunehmende Integration Südamerikas und damit für eine Stärkung der Region gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine Politisierung aber ist dabei wohl das Letzte, was der von Krisen gebeutelte Mercosur zurzeit braucht. Der Mercosur war im Jahr 1991 gegründet worden mit dem langfristigen Ziel, zu einer Freihandelszone ausgebaut zu werden und damit generell die Integration der bis dato recht isoliert voneinander agierenden Länder der Region zu fördern. Das ist auch bis zu einem gewissen Ausmass gelungen. Der Handel zwischen den Ländern ist stark gestiegen, und zwar von 4,5 Mrd. US-\$ 1991 auf 22 Mrd. \$ im vergangenen Jahr. Von einer Freihandelszone, in der Waren und Dienstleistungen ohne Handelsbarrieren frei zirkulieren können, ist der Mercosur allerdings weit entfernt. Bisher haben die fünf Mitgliedstaaten im Wesentlichen nur die Errichtung eines gemeinsamen Aussenzolls erreicht.

Prekärer Zustand

Seit seiner Gründung hat der Mercosur immer wieder schwierige Situationen durchlebt. Und auch in diesen Tagen muss dessen Zustand als prekär

bezeichnet werden. Argentinien und Uruguay streiten sich vor dem Internationalen Gerichtshof über den Bau einer Cellulose-Fabrik auf uruguayischem Boden. Argentinien hat soeben eine Klage bei der Welthandelsorganisation (WTO) gegen Brasilien eingereicht. Uruguay droht, aus dem Mercosur auszuschneiden, sollten dem wirtschaftlichen Leichtgewicht nicht gewisse Handelserleichterungen zubilligt werden. Dieses Land verhandelt derzeit mit den USA über ein Investitionsabkommen; es ist nicht auszuschliessen, dass Uruguay auch an dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA interessiert ist.

Venezuela wiederum versucht, dem Mercosur eine politische Ausrichtung zu geben. Chávez, der Venezuela und damit den weltweit fünftgrössten Erdöl-Exporteur in den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ führen will,

Weitgehend ergebnislos ist das zweitägige Gipfeltreffen der Mercosur-Staaten in Rio de Janeiro (18.-19. Januar) zu Ende gegangen. Die Mitglieder, zu denen neben Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay seit jüngstem auch Venezuela zählt, vermochten weder die Lösung bestehender Konflikte voranzutreiben noch Massnahmen zu verabschieden, die den Handel in der Region stärken würden. Das Treffen war im Vorfeld mit grosser Spannung erwartet worden, da sich erstmals nach dem lateinamerikanischen Wahlmarathon der letzten 13 Monate die neue Führungsriege des Kontinents begegnen sollte, darunter vor allem jene linkspopulistischen Politiker wie die Präsidenten Boliviens oder Venezuelas.

Befreiung vom „Neoliberalismus“

Das Treffen hatte dieses Mal denn auch die Ausmasse eines südamerikanischen Gipfeltreffens angenommen. Geschlossen waren nicht nur die Präsidenten der Mercosur-Staaten ange-reist, sondern auch jene der assoziierten Staaten (Kolumbien, Ecuador,



* Dr. Hanna Christiane Henkel ist Korrespondentin der Neuen Zürcher Zeitung in Rio de Janeiro.



Das offizielle Foto des Mercosur-Gipfels

sucht für dieses zweifelsohne totalitäre, aber in ein soziales Kleid gewandete Projekt in der Region verstärkt nach Weggefährten. Für die Region problematisch ist dieser ideologische Feldzug vor allem deshalb, weil gleichzeitig der staatliche Zugriff auf die grossen Erdöl- und -gasvorkommen verstärkt worden ist; diese sind neben dem Handel die Grundlage für eine weitergehende Integration der Region. Den Einfluss auf den seit nunmehr einem Jahr amtierenden Präsidenten Boliviens hat Chávez bereits stark ausbauen können. Allerdings scheiterte Venezuela beim Treffen in Rio de

Janeiro mit dem Versuch, auch Bolivien als Mitglied in den Mercosur zu schleusen.

Herausgeforderte Diplomatie Brasiliens

Für Brasilien stellt Chávez' linksradikale Politik und Rhetorik eine grosse Herausforderung dar. Die von dem ehemaligen Putschoffizier inspirierte Nationalisierung der Erdgasindustrie in Bolivien etwa betrifft dort besonders den brasilianischen Energiekonzern Petrobras, den grössten und milliardenschweren Investor in dem Andenstaat. Und Chávez' antiamerikanischem Kurs mag man in Brasilien schon allein deshalb nicht folgen, weil die USA der bei weitem wichtigste Handelspartner sind. Vor allem aber stellt Chávez Brasiliens Aussenpolitik und Diplomatie auf die Probe. Die sowohl an ihrer Fläche als auch an ihrer Wirtschaftskraft gemessen bei weitem grösste Demokratie in Südamerika strebt seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine Rolle als Vermittler und Sprecher des wenig homogenen Kontinents an.

Mit Blick auf die totalitären Tendenzen in Venezuela hat die Regie-

rung von Lula sich bisher schweigend, diese Rolle einzunehmen. Schon bei der Nationalisierung in Bolivien hat die brasilianische Diplomatie mehrheitlich geschwiegen. Lula kommentierte Venezuelas Abdriften in den Totalitarismus am Rande des Mercosur-Treffens lediglich mit dem Satz, dass jeder Präsident am besten wissen müsse, was für sein Land gut sei. Und auch Brasiliens Aussenminister Celso Amorim verharrte im üblichen vorsichtig-diplomatischen Diskurs und zeigte überdies Verständnis für die venezolanischen Anliegen: Der Mercosur sei zwar in erster Linie ein Handelsblock, verfolge aber auch politische und geopolitische Ziele.

Kritik an unterlassener Kritik

Für die abermals scheue Haltung gegenüber Chávez am Mercosur-Gipfel hat Lula Kritik der Opposition und der Medien einstecken müssen. Viele meinten, es sei an der Zeit, dass sich Brasilien, das schliesslich längst einen zweifelsfrei demokratischen Weg eingeschlagen habe, vom linkspopulistischen Pfad Venezuelas oder anderer Staaten wie etwa Ecuador distanzieren. ■



Venezuelas Präsident Hugo Chávez nutzte das Treffen für sein populistisches Auftreten